

1959/AB
vom 10.07.2020 zu 1946/J (XXVII. GP)
Bundesministerium
Landwirtschaft, Regionen
und Tourismus

bmlrt.gv.at

Elisabeth Köstinger
 Bundesministerin für
 Landwirtschaft, Regionen und Tourismus

Herrn
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Präsident des Nationalrats
 Parlament
 1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.297.483

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)1946/J-NR/2020

Wien, 10.07.2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Herbert Kickl, Kolleginnen und Kollegen haben am 12.05.2020 unter der Nr. **1946/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Rechtsakte im Zusammenhang mit dem "Corona-Wahnsinn" gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 10:

- Welche Verordnungen oder Erlässe haben Sie im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise erlassen? (Auflistung nach Datum der Erstellung, Rechtskraftdatum, Datum der Auskraftsetzung, GZ und Betreff, sowie – falls öffentlich abrufbar – den Verweis auf den Text bzw. – falls nicht abrufbar – den Text als Anlage)
- Welche externen Kosten (zB Beratungsleitungen) sind bei der Erstellung der Verordnungen und Erlässe angefallen? (aufgelistet nach den einzelnen Rechtsakten)

Betreff	Kundmachung	Inkrafttreten	Außerkraftsetzung	BGBI
Änderung der Direktzahlungs-Verordnung 2015	21.04.2020	22.04.2020	-	BGBI. II Nr. 165/2020
Änderung der Horizontalen GAP-Verordnung	21.04.2020	22.04.2020	-	BGBI. II Nr. 165/2020
Änderung der Rinderkennzeichnungs-Verordnung 2008	21.04.2020	22.04.2020	-	BGBI. II Nr. 165/2020

Änderung der Verordnung Schulprogramme für landwirtschaftliche Erzeugnisse	21.04.2020	22.04.2020	-	BGBI. II Nr. 165/2020
Änderung der Verordnung zur Durchführung von Marktordnungsmaßnahmen im Weinbereich	21.04.2020	22.04.2020	-	BGBI. II Nr. 165/2020

Es sind keine externen Kosten angefallen.

Zur Frage 2:

- Ist Ihnen Kritik an möglicherweise verfassungs- und grundrechtswidrigen Verordnungen und Erlässen unter Ihrer Verantwortung bekannt?
 - a. Wenn ja, welche?
 - b. Wenn ja, bezüglich welchem Rechtsakt?
 - c. Wenn ja, wann ist Ihnen diese bekannt geworden?
 - d. Wenn nein, warum nicht?

Nein.

Zur Frage 3:

- Gibt es in Ihrem Ressort ein Protokoll, wie mit dieser Kritik umgegangen werden soll?
 - a. Wenn ja, welche Schritte sieht dieses vor?
 - b. Wenn ja, werden Sie von etwaiger Kritik direkt informiert?
 - c. Wenn nein, warum nicht?

Die Prüfung auf und Sicherstellung von Verfassungsrechts-, Grundrechts- und Gesetzeskonformität liegt im Verantwortungsbereich jener Organisationseinheit des Ressorts, die den betreffenden Rechtsakt legistisch betreut.

Zu den Fragen 4 bis 7:

- Welche der von Ihnen im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise erlassenen Verordnungen oder Erlässe sind vermutlich rechtswidrig? (Bitte je Rechtsakt angeben)
- Gegen welche Grund- und Verfassungsrechte verstößen die von Ihnen erlassenen Rechtsakte? (Bitte je Rechtsakt angeben)
- Zu welchem Zeitpunkt wurde Ihnen die Rechtswidrigkeit der von Ihnen im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise erlassenen Verordnungen und Gesetze bekannt? (Bitte je Rechtsakt angeben)
- Ist eine Behebung der rechtswidrigen Rechtsakte geplant? (Bitte je nach Rechtsakt angeben)
 - a. Wenn ja, wann und in welcher Form?

Rechtsvorschriften werden so erarbeitet, dass diese verfassungs- und gesetzeskonform sind.

Zur Frage 8:

- Welche Experten waren in die Erstellung der Verordnungen und Erlässe eingebunden?
(aufgelistet nach den einzelnen Rechtsakten)

Die Zuständigkeit ergibt sich aus der Geschäftsordnung des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus. Externe Expertinnen bzw. Experten wurden nicht herangezogen.

Zur Frage 9:

- Inwiefern war Ihr Koalitionspartner in die Erstellung der Verordnungen und Erlässe eingebunden? (aufgelistet nach den einzelnen Rechtsakten)

Die Bundesregierung hat zur Bekämpfung der Ausbreitung des Corona-Virus umfassende Maßnahmen beschlossen und dabei geschlossen agiert.

Zu den Fragen 11, 12 und 15 bis 18:

- Bei welchen Verordnungen und Erlässen wurde der Verfassungsdienst konsultiert?
(aufgelistet nach den einzelnen Rechtsakten)
- Wie lautete jeweils die Stellungnahme des Verfassungsdienstes?
- War Ihr Ressort bei der Textierung der jeweiligen Gesetze eingebunden? (Auflistung nach Gesetz)
- Hat Ihr Ressort bei jenen Gesetzen, bei denen es eingebunden war, den Verfassungsdienst konsultiert? (Auflistung nach Gesetz)
- Wie lautete jeweils die Stellungnahme des Verfassungsdienstes?
- Bei welchen Gesetzen, die im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise beschlossen wurden und für deren Vollzug Ihr Ressort nicht zuständig ist, war Ihr Ressort bei der Textierung eingebunden? (Auflistung nach Gesetz)

Vorweg ist darauf hinzuweisen, dass die im Zuge der Coronakrise vom Parlament beschlossenen Covid-19 Gesetzespakete jeweils als Initiativantrag eingebracht wurden. Eine Begutachtung von Initiativanträgen ist nicht vorgesehen, sodass auch keine Stellungnahmen in einem etwaigen Begutachtungsverfahren erfolgt sind.

Von Seiten der legistisch zuständigen Fachabteilungen wird der Verfassungsdienst im Bundeskanzleramt bei Bedarf beigezogen und um seine Beurteilung von komplexen verfassungsrechtlichen und legistischen Fragestellungen gebeten.

Zur Frage 13:

- Welche sonstigen Rechtsakte oder ähnliches (zB Rundbriefe, Informationsschreiben, Dienstanweisungen etc.) haben Sie im Zusammenhang mit der COVID-19 Krise erstellt? (Auflistung nach Datum und Betreff, sowie - falls öffentlich abrufbar - den Verweis auf den Text bzw. - falls nicht abrufbar - den Text als Anlage)

In nachfolgender Tabelle sind von der Fragestellung umfasste sonstige Rechtsakte bzw. Informationsschreiben aufgelistet:

Betreff	Datum	Anmerkung
Richtlinie der Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus für die Übernahme von Haftungen für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft 2014-2020	16.03.2020 20.04.2020 28.04.2020 10.05.2020	Aktuelle Version unter: www.bmlrt.gv.at/tourismus/tourismusfoerderungen/foerderungsprogramme-2014--2020
Verlängerung Zivildiener und Sonderbedarf an Zivildienern	16.03.2020	
Interne Versetzung des Zivildieners zur anderen Einrichtung des Rechtsträgers gemäß § 8a Abs. Z 1 ZDG	17.03.2020	
Info zur Sonderbedarfsmeldung für „außerordentliche Zivildiener“	25.03.2020	
Sonderbedarfsmeldung für Freiwillige außerordentliche Zivildiener mit Dienstbeginn Mai 2020	20.04.2020	
Keine neue Verlängerung von Zivildienern – Erinnerung Sonderbedarfsmeldung	22.04.2020	Diese Covid-19 Informationen zum Zivildienst sind auch unter https://www.zivildienst.gv.at/ abrufbar
Verpflichtende Meldung Nicht-Erscheinen/unentschuldigtes Fernbleiben von Zivildienern	30.04.2020	

Zur Frage 14:

- Welche Gesetze die im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise beschlossen wurden, müssen Sie vollziehen? (Auflistung nach Datum Veröffentlichung, Betreff und Verweis auf das jeweilige Bundesgesetzblatt)

Mit Ausnahme horizontal anwendbarer Rechtsvorschriften, wie etwa dem AVG, ergibt sich die Vollziehung aus dem Bundesministeriengesetz idgF.

Elisabeth Köstinger

